

***Mitteilung des Senats vom 25. April 2006******InnoVision 2010: Technologiestandort im Lande Bremen stärken***

Die Fraktionen der CDU und der SPD haben unter Drucksache 16/890 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

1. Wie definiert der Senat die Zielsetzungen für InnoVision 2010, und wie wird der Senat die Handlungskonzepte für die fünf Leitthemen konkretisieren?

Die Zielsetzungen von InnoVision 2010 sind seit dem Beschluss des Senats und der Diskussion in der Bürgerschaft im Jahr 2002 unverändert. Die Ziele liegen auf verschiedenen Ebenen und sind in der Vision, die dem Programm vorangestellt ist, konkret beschrieben.

Herausgehobenes Oberziel ist die Etablierung Bremens unter den Top 10 Technologieregionen Deutschlands im Jahr 2010. Damit soll der Anspruch Bremens untermauert werden, im Jahr 2010 zu den führenden Technologieregionen Deutschlands aufzuschließen. Wie die Verleihung des Titels „Stadt der Wissenschaft“ im Jahr 2005 und die erste Etappe des Exzellenzwettbewerbs der Universitäten Deutschlands Ende Januar 2006 gezeigt haben, ist es für Bremen relativ aussichtsreich, dazu gehören zu können.

Das Ziel Top 10 hat Symbolcharakter und soll die Ambitioniertheit des bremischen Ziels deutlich machen, das die Bündelung aller Kräfte erfordert. Es bedarf einer langfristigen Orientierung, um Rahmenbedingungen für den notwendigen Strukturwandel zu schaffen, die Grundlage für entsprechende Erfolge sind.

Die Zielerreichung wird im Rahmen eines Monitorings verfolgt. Dazu steht eine Reihe amtlicher Daten zur Verfügung wie das FuE-Personal und FuE-Aufwendungen der Wirtschaft, der Anteil der Beschäftigten mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, die Beschäftigten in wissensbasierten Dienstleistungen, die Beschäftigten in der Spitzentechnik und der höherwertigen Technik, das wissenschaftliche Personal an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Gründungsintensität in der Spitzentechnik und höherwertigen Technik und die wissensintensiven Dienstleistungen sowie Patentanmeldungen. Mit Hilfe der genannten Indikatoren wird die Platzierung der Region Bremen/Bremerhaven bundesweit vergleichend analysiert. Dazu hat der Senator für Wirtschaft den BAW mit einem Monitoring beauftragt.

Die Vision ist seit dem In-Kraft-Treten des Programms Orientierung und Leitschnur. Eine Vielzahl von Projekten in den Innovationsfeldern bzw. Leitthemen wurde seitdem durch die Wirtschaftsförderungsausschüsse bewilligt, so dass bereits auf nennenswerte Erfolge hinzuweisen ist.

- Von 2002 bis 2004 wurden in den sieben Innovationsfeldern insgesamt Projekte im finanziellen Umfang von 135 Mio. € bewilligt, davon vorrangig in den Innovationsfeldern TIME (31 %), Luft- und Raumfahrt (29 %) und Umwelt (23 %). Von der Gesamtsumme entfallen 26,3 % auf Projekte in Bremerhaven (Bewilligungszeitraum 2002 bis 2004).

- Darüber hinaus wurden für die Verbesserung der Rahmenbedingungen bisher Beschlüsse über ein Mittelvolumen von 62 Mio. € gefasst. Davon entfallen 25,9 % auf Bremerhaven. Dazu zählen z. B. die institutionelle Förderung der Gesellschaften BIA und BIS, Mittel für den Ausbau des Technologieparks und von Gründer- und Technologiezentren, die Verwertungsgesellschaft InnoWi, der Technologiebeauftragte, die Gründerförderung usw.

Hinzu kommen Mittel in Höhe von ca. 15 Mio. € aus dem Qualifizierungsfonds des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) zur Qualifizierung des Humankapitals in den Themen von InnoVision 2010, die von der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit bereitgestellt wurden. Hier werden sowohl Arbeitslose für neue Beschäftigungen in den Innovationsfeldern als auch betriebliche Mitarbeiter/-innen für die neuen beruflichen Anforderungen qualifiziert. Ergänzend konnten zur Behebung des Fachkräftenachwuchses zusätzliche Ausbildungsplätze in neuen, innovativen Berufen durch die Förderung von betriebsübergreifenden Ausbildungspartnerschaften und -verbänden geschaffen werden.

- Im Rahmen der einzelbetrieblichen Innovationsförderung wurden darüber hinaus im Zeitraum 2002 bis 2004 von BIA und BIS zusammen 478 Projekte bewilligt, 41 Mio. € Fördermittel ausgereicht und damit 96 Mio. € Gesamtinvestition in innovative Projekte unterstützt.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen ist derzeit dabei, unter Berücksichtigung des vorliegenden Mittelrahmens die erbetene Konkretisierung der vom Technologiebeauftragten vorgelegten Entwicklungsstrategie in Abstimmung mit den Ressorts Bildung und Wissenschaft, Bau, Umwelt und Verkehr, Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie der Senatskanzlei und in Zusammenarbeit mit der Bremer Innovationsagentur (BIA) und der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) vorzunehmen und wird sie der Deputation für Wirtschaft und Häfen zur Beschlussfassung für ihren Zuständigkeitsbereich vorlegen.

2. Welche gezielten Förderschwerpunkte können nach Ansicht des Senats identifiziert werden, um unter anderem auch einen stärkeren Focus auf die Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen zu legen?

Im Bereich der innovationsorientierten Wirtschaftsförderung im Land Bremen sollen folgende Themen mit höchster Priorität gefördert werden: Luft- und Raumfahrt, als fokussierter Innovationsschwerpunkt in der Logistik die Nutzung von IuK-Technologien, die Maritimen Technologien sowie als noch nicht fest etablierter, aber chancenreicher Schwerpunkt die Mobilien Anwendungen als eigenständiges Thema wie auch als wesentlicher Treiber für Innovationen in fast allen anderen Bereichen. Zum Thema e-Logistik wird auf die Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU vom 26. Januar 2006 verwiesen.

Diese Themenfelder können für das Land glaubwürdig vermarktet werden, damit auch zukunftssträchtige Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden können. Daneben müssen einzelne Stärken in anderen Bereichen (Beispiel: Kompetenzcluster Windenergie im Bereich Umweltwirtschaft), die ebenfalls mit einer hohen Akzeptanz kommuniziert werden können, weiter unterstützt werden. Die entsprechenden gerade auch in Bremerhaven neu angesiedelten Unternehmen darf das Land nicht vernachlässigen.

Insgesamt wird der Fokus der weiteren Wirtschafts- und Innovationspolitik auf die Bildung von Wertschöpfungsketten gelegt (Kompetenzcluster). Die kleinen und mittelständischen Unternehmen spielen in diesem Zusammenhang als Zulieferer und Dienstleister eine wichtige Rolle, wenngleich hier je nach Innovationsfeld sehr unterschiedliche Gewichtungen und Anforderungen zu berücksichtigen sind. Beispielhaft wird das im Folgenden für die Luft- und Raumfahrt und die Logistik dargestellt. Generell ist festzuhalten, dass KMU im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung durch eine erhöhte Förderpräferenz begünstigt werden.

Die Raumfahrtindustrie, die für Bremen einen wesentlichen Stellenwert hat, wird durch zwei Systemanbieter dominiert. KMU treten als Zulieferer in Erscheinung. Hier ist es erforderlich, die Leistungsfähigkeit der KMU durch die Erfüllung extremer Qualitätsanforderungen sicherzustellen. Jedoch bedarf es

auch einer direkten Unterstützung für EADS und OHB, z. T. auf der politischen Ebene, wenn es um die Ausgestaltung nationaler und europäischer Raumfahrtprogramme geht, z.T. aber auch projektbezogener Art, wenn nur darüber eine bestimmte Standortkompetenz aufgebaut werden kann, die wiederum langfristig der Sicherung des Unternehmensstandortes dient.

In der zivilen Luftfahrtindustrie ist Bremen einer der großen europäischen und im nationalen Vergleich nach Hamburg der zweitgrößte Standort, wobei dem Bremer Airbus-Werk zudem für den bremischen Luftfahrzeugbau eine herausragende Bedeutung zuzuordnen ist. Die Airbus-Werke befinden sich in einem europaweiten Wettbewerb der Standorte. Die Vergabe von Arbeitspaketen des Konsortiums bestimmt sich in hohem Maße nach Kompetenz und Kosten. Da eine Reihe technischer Komponenten nicht im Werk selbst, sondern durch leistungsfähige KMU bzw. Zulieferer eingebracht werden, ist es wichtig, hohe Fertigungsstandards zu gewährleisten. Der wirtschaftliche Erfolg des Luftfahrtstandorts Bremen ist daher in nicht unerheblichem Maße auch von den kleinen und mittelständischen Unternehmen des Landes abhängig. Der wirtschaftspolitische Ansatz muss hier in erster Linie auf Kooperationsprojekte zwischen Großunternehmen, kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen gerichtet sein.

Die Logistikbranche ist dagegen in einzelnen Segmenten von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Hier muss es gelingen, über die Anwendungen aktueller FuE-Ergebnisse die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Unternehmen weiter zu steigern. Ein positives Beispiel ist auch die GVZ-Entwicklungsgesellschaft (GVZE), die im GVZ als Service- und Kommunikationsplattform der beteiligten Unternehmen und Institutionen fungiert. Durch die Übernahme von Managementfunktionen initiiert und moderiert die GVZE Kooperationsaktivitäten, in denen Synergieeffekte erkannt und Kostenvorteile im Interesse der angesiedelten Unternehmen genutzt werden können.

Die wirtschaftlichen und vor allem die technologischen Potenziale Bremerhavens sind besonders in der maritimen Wirtschaft zu finden. Im Kontext der maritimen Wirtschaft sind jedoch nicht nur die verarbeitenden Betriebe des Schiffbaus und der zuvor genannten Logistik zu sehen, sondern auch die Lebensmittelhersteller, insbesondere die fischverarbeitenden Industrie und die Windenergiebranche. Die Verbindung von sektoralen Schwerpunkten mit wissenschaftlichen Kompetenzen (z. B. AWI, Hochschule Bremerhaven, ttz) sowie die räumliche Nähe zum Meer sind entscheidende Determinanten für neue und zukunftsweisende Technologien, wie z. B. der (Blauen) Biotechnologie oder der Offshoretechnik. Mit der Schaffung von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen erlangen besonders KMU Zugang zu Innovationstransfers und damit entscheidende Wettbewerbsvorteile.

Das Qualifikationsniveau der Beschäftigten ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Wirksamkeit der Innovationsförderung. Hier brauchen insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen Hilfestellung bei ihrer Personalentwicklungsplanung und -weiterbildung. Die Projekte der Qualifizierungsoffensive für den Strukturwandel richten sich deswegen gezielt auf die Bedarfe der regionalen KMU. Thematisch orientiert sich eine Anzahl der Förderprojekte auch an den Leitthemen der Innovationspolitik. Diese umfassen u. a. Qualifizierungen für den gesamten IT-Sektor, für die Umweltwirtschaft (mit herausragender Stellung der Windenergie), für die Gesundheitswirtschaft, für die Logistikbranche, für den Dienstleistungssektor sowie für die branchenübergreifende Anwendung innovativer Produktions- und Werkstoff-Techniken. Im Rahmen des Landesprogramms „bremen in t.i.m.e.“ werden zentrale Themenstellungen ebenfalls als eLearning-Angebote entwickelt und vorgehalten, um dadurch insbesondere KMU an die modernen Formen des lebenslangen Lernens heranzuführen und ihnen den Zugang zu bedarfsorientierten Weiterbildungsangeboten zu erleichtern.

3. Welche Rolle soll die Bremer Innovationsagentur als zentraler Ansprechpartner für Wissenschaft und Wirtschaft zukünftig spielen?

Die BIA hat die Funktion einer One-Stop-Agency für den Bereich der betrieblichen Innovationsförderung in der Stadt Bremen und für ausgewählte Förderprogramme auch im Land Bremen. Die BIA ist neben der BIS insoweit als Projektträger für mehrere Ressorts des Landes tätig. Beide Agenturen arbeiten mit den

Hochschulen und dem Technologiebeauftragten des Landes sowie in Verfahrensfragen und bei der Formulierung gemeinsamer Förderschwerpunkte des Landes zusammen. Mit ihrer Erfahrung aus der operativen Arbeit und als Verbindungsstelle zwischen Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung arbeitet BIA zugleich auf dem Gebiet der Strategieentwicklung mit.

Soweit einschlägige FuE-Förderprogramme des Bundes bestehen, weist die BIA potentielle Interessenten darauf hin. Auf dem Gebiet der EU-Gemeinschaftsforschung (Forschungsrahmenprogramm) ist sie mit dem IRC Bremen in Kontakt.

Organisatorisch wird die BIA auf die BIG verschmolzen werden. Inhaltlich wird sich durch diese Reorganisation keine Veränderung ergeben.

Im Rahmen der weiteren Konkretisierung der Leitthemen wird zu erwarten sein, dass die BIA vermehrt Koordinierungsaufgaben wahrnehmen wird, die sich aus der Clusterbildung in den Leitthemen ableitet. Damit wird die Rolle der BIA als „Bremischer Innovationszentrale“ konkretisiert, die bereits im Programm InnoVision 2010 für BIA wie BIS beschrieben ist. Für den Bereich Luftfahrt hat die BIA diese Aufgabe bereits übernommen. Hierfür konnten Bundesmittel eingeworben werden. Im Rahmen dieser Clusterbetreuung werden spezifische „road maps“ (Vorhabensplanungen) zu erarbeiten sein.

Im Bereich der Strategieentwicklung ist eine jährliche Strategierunde zwischen Wissenschaftsabteilung und BIA zur Abstimmung der wechselseitig geplanten Transfer- und Kooperationsaktivitäten vorgesehen.

4. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, eine personelle und strukturelle Aufwertung der Technologiepolitik in den einzelnen Ressorts vorzunehmen?

Die Frage wird im Hinblick auf den umfassenderen Ansatz der Innovationspolitik beantwortet, die ihren Niederschlag im Programm InnoVision 2010 gefunden hat.

Entsprechend dem Querschnittscharakter der Innovationspolitik ist die Zuständigkeit auf mehrere Ressorts und dort auch teilweise auf verschiedene Fachreferate verteilt.

Federführend ist der Senator für Wirtschaft und Häfen, Abteilung Regionale Wirtschaft. Das Ressort hat die Fachaufsicht über die BIA und die Design-GmbH. Es ist verwaltungsseitig auch für den Technologiebeauftragten zuständig. Beteiligt an der Umsetzung von InnoVision 2010 sind das Ressort Bildung und Wissenschaft, der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, und der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Darüber hinaus sind die Gesellschaften BIA und BIS eingebunden sowie der Technologiebeauftragte und die Senatskanzlei.

Beim Senator für Wirtschaft und Häfen ist das Referat Technologie, Innovation und Design federführend für InnoVision 2010 insgesamt. Das Referat Information, Rundfunk und Medienwirtschaft betreut das Programm bremen in t.i.m.e. Darüber hinaus sind das Referat Industrie und Finanzierung für den Bereich Luft- und Raumfahrt sowie das Referat Hafenordnungspolitik für e-Logistik beteiligt.

Beim Senator für Bau, Umwelt und Verkehr ist im Rahmen der Umorganisation des Fachbereiches Umwelt seit Herbst 2005 eine personelle und strukturelle Aufwertung des Themenbereiches Innovation und Technologie erfolgt. In der neuen Abteilung „Umweltwirtschaft, Klima- und Ressourcenschutz“ ist mit dem Referat „Umweltinnovation, Kommunikation“ ein zentraler Ansprechpartner für das Thema Innovationen in der Umweltwirtschaft geschaffen worden. Eine Aufgabe dieses Referats besteht darin, die Umsetzung von InnoVision 2010 in allen Themenfeldern, die Anknüpfungspunkte zur Umweltwirtschaft aufweisen, zu begleiten. In einem weiteren Referat Energie und Umwelttechnik der Abteilung sind alle Förderprogramme der Umwelttechnik zusammengefasst.

Dem Thema Technologiepolitik wird beim Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowohl von der Abteilung Gesundheit als auch von der Abteilung Arbeit betreut. In der Abteilung Gesundheit wird dem Thema durch das Projekt Gesundheitswirtschaft/Telematik Rechnung getragen. In der Abteilung Arbeit liegt die Verantwortung für sämtliche Programme der beruflichen Qualifizierung, der arbeitsmarktnahen Ausbildung, des berufs- und betriebsbezogenen lebenslangen Lernens sowie der Arbeit- und Technikgestaltung beim

Referat Arbeitsmarktprogramme/Förderpolitik. Durch dieses Referat wird auch das Landesprogramm „bremen in t.i.m.e.“ begleitet und der Schwerpunkt eLearning in der beruflichen, betriebsbezogenen Qualifizierung bearbeitet.

Die operative Steuerung der prioritären Cluster

- Luft- und Raumfahrt,
- TIME,
- Logistik,
- Maritime Wirtschaft,
- Ökologische Intelligenz,
- Zukunftsmarkt Gesundheit

soll von der BIA durch spezifische Clustermanagements mit Geschäftsfunktion (Schnittstelle Unternehmen, Wissenschaft, Verwaltung) wahrgenommen werden. Die BIS ist unmittelbar zu beteiligen.

Daneben bestehen Steuerkreise, in denen die Ressorts ihre Aktivitäten zusammen mit den Gesellschaften abstimmen. Im Themenfeld Ökologische Intelligenz koordiniert das Umweltressort alle Aktivitäten im Bereich Windenergie in enger Abstimmung mit Ressorts und Gesellschaften in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe. Weitere Steuerkreise bestehen in der Gesundheitswirtschaft, Maritimen Technologie, TIME und Biotechnologie. Für die Cluster Luft- und Raumfahrt und Logistik bestehen ressortübergreifend besetzte Initiativkreise, die durch Industrie- und Unternehmensvertreter unter Beteiligung der Handelskammer ergänzt werden.

Eine Aufwertung der Innovationspolitik (mit eventuellen Folgen personeller und struktureller Art durch nachfolgende Drittmittelinwerbung) sieht das Wissenschaftsressort auch in Zukunft dadurch vor, dass sich die FuE-Potenziale des bremischen Wissenschaftsbereichs konsequent an den wirtschaftlichen Potenzialen des Landes orientieren, die Bremen unter die Top 10 der Technologiestandorte Deutschlands bringen sollen. Durch qualitativ hochwertige Forschungen und darüber angestrebte Exzellenz einerseits, durch Verstärkung und Ausbau von Kooperationsbeziehungen mit Unternehmen und Auftragsforschungen andererseits sollen der innovative Impuls in der Region verstärkt und die Wirksamkeit der Innovationspolitik des Landes gesteigert werden. Vor dieser Zielsetzung hat der Senator für Bildung und Wissenschaft besonders anwendungsbezogene Schwerpunktprojekte mithilfe von Zielvereinbarungen noch stärker als bisher auf die Zielsetzungen des Programms InnoVision 2010 und die Leitthemen des Technologiebeauftragten hin justiert. Die Begleitung und das Controlling erfolgt im Auftrag des Senators für Bildung und Wissenschaft durch die Arbeitsstelle wissenschaftliche Infrastruktur und Region (AIR) in der Universität.

5. Wie könnte nach Ansicht des Senats ein so genanntes Ko-Finanzierungssystem zur Förderung von Einzelprojekten aussehen?

Die Förderung von betrieblichen FuE-Projekten erfolgt in der Regel auf der Grundlage des bremischen FuE-Innovationsprogramms, das ein Instrument des strategischen Innovationsprogramms InnoVision 2010 darstellt. Im Rahmen dieses betrieblichen FuE-Förderprogrammes können nicht rückzahlbare Zuschüsse für die Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen bereitgestellt werden. Für die Bemessung der Förderintensität ist für alle europäischen Gebietskörperschaften der „Gemeinschaftsrahmen für staatliche Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen“ vom 17. Februar 1996 zu beachten.

Dort wird im Wesentlichen zwischen der „Grundlagenforschung“, der „Industriellen Forschung“ und der „Vorwettbewerblichen Entwicklung“ unterschieden. Die Regeln befinden sich zurzeit in einer Neuorientierungsphase. Entsprechende Konsultationen der Mitgliedstaaten wurden bereits eingeleitet.

Die Zahlung von Zuschüssen bedeutet, dass je nach Wettbewerbsnähe der FuE-Gegenstände finanzielle Eigenbeiträge der begünstigten Unternehmen zu leisten sind. Insofern ist eine Ko-Finanzierung durch die Unternehmen in jedem

Programm obligatorisch; tatsächlich liegen die Förderquoten – von einzelnen Ausnahmen wie der Finanzierung von Studien abgesehen – im Regelfall bei etwa 25 bis 35 %, so dass die Unternehmen den größten Teil der Aufwendungen selber tragen.

6. Welche Maßnahmen zur Intensivierung der Transferkommunikationsprozesse gedenkt der Senat zu ergreifen, die insbesondere die Bedürfnisse der in Bremen ansässigen klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) berücksichtigen?

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

- BIA wird mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft einen Vorgehensplan erstellen, wie der Transferprozess zwischen den Hochschulen und den Unternehmen weiter optimiert werden kann.
- Das Thema „Transfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft“ ist sehr vielschichtig und wird sowohl in großen wie kleinen Gesprächsrunden thematisiert. Konkrete Arbeitsergebnisse können wohl eher von kleinen Gesprächsrunden erwartet werden, während die großen eher geeignet sind, das allgemeine Umfeld zu beleuchten. BIA wird in kleinen Gesprächsrunden stärker themenspezifisch konkrete Unternehmensbedürfnisse und entsprechende Wissenschaftsangebote miteinander abgleichen.
- Nützlich sind selbstverständlich konkrete Projekte zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und beruflicher Qualifizierung. In diesen muss zwischen den Partnern Vertrauen aufgebaut werden. Hierbei geht es darum, Wissenschaftler dafür zu gewinnen, dem langfristigen Interesse der Unternehmen an wissenschaftlichen Ergebnissen Rechnung zu tragen. Unternehmen müssen sehen, dass Wissenschaft ihre Probleme versteht und tatsächlich anwendungsnah helfen kann. Und Unternehmen müssen bereit sein, Know-how-Transfer auch durch die Weiterbildung ihrer Beschäftigten umzusetzen.
- Bei der Vermarktung wissenschaftlicher Ergebnisse sollten externe Vertriebsexperten helfen, die die wissenschaftliche Sprache in eine Sprache übersetzen, in der tatsächliche unternehmerische Probleme adressiert werden.
- Schließlich wird empfohlen, dass wissenschaftliche Einrichtungen immer dann besonders stark finanziell unterstützt werden, wenn auch lokale Unternehmen ihr Interesse an den Ergebnissen durch ein eigenes finanzielles Engagement beweisen.
- Für das Gelingen des Transferprozesses müssen die Belegschaften der Unternehmen mitgenommen werden, da sie diejenigen sind, die die Innovationsstrategien der jeweiligen Betriebe tragen. Deswegen sollten die Angebotsstrukturen der regionalen Dienstleister der beruflichen Qualifizierung noch enger mit den Qualifikationsbedarfen der KMU abgestimmt werden.

7. Wodurch kann die Rollenausgestaltung des Technologiebeauftragten deutlicher akzentuiert und stärker auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet werden?

Seitens des Technologiebeauftragten des Landes wurden intensive Gespräche mit den Unternehmen des Landes, mit wissenschaftlichen Einrichtungen, mit den Ressorts und der Stadt Bremerhaven geführt und Strukturen für ein Technologie-Monitoring gelegt. Mit den Leitthemen wurde eine solide Basis für die weitere Konkretisierung und Profilierung der landesbremischen Innovationspolitik geschaffen.

Der Tätigkeitsbericht und die Leitthemen wurden dem Senat sowie der Deputation für Wirtschaft und Häfen in der zweiten Jahreshälfte 2005 vorgelegt. Die erbetene Konkretisierung der Leitthemen ist unter Beteiligung des Technologiebeauftragten erarbeitet worden (siehe auch Antwort zu Frage 1).

Der Technologiebeauftragte hat in Abstimmung mit der Wirtschaftsbehörde ein Arbeitsprogramm für seine restliche Amtszeit bis Ende 2007 vorgelegt. Dieses Programm umfasst folgende Aufgabenfelder: Technologie-Monitoring, eigene Analysen zu den Leitthemen und Innovationsfeldern, externe Expertise und Beratung, Fachgespräche für Wirtschaft und Wissenschaft, öffentliche Veranstaltungen zum Technologietransfer und Abschlussarbeiten. Diese Aufgaben be-

schreiben die speziellen Funktionen des Technologiebeauftragten im Rahmen der Technologiepolitik des Landes Bremen:

- Identifikation der überregionalen Technologietrends und Bewertung der Nutzungsmöglichkeiten für die bremische Wirtschaft (gemeinsam mit den zuständigen Senatsbehörden und der BIA/BIS),
- eigene Analysen zur regionalen Innovationssituation und entsprechende Beratung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft,
- Förderung der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft durch Beratung und Coaching der wissenschaftlichen Einrichtungen und gezielte Transferveranstaltungen,
- Förderung der ressortübergreifenden Kooperation in der Umsetzung der Innovationsstrategie des Landes, die am 6. September 2005 vom Senat gebilligt worden ist.

Die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft ist die entscheidende Grundlage der Innovation; sie steht deshalb im Zentrum der Aktivitäten. Der Technologiebeauftragte hat in seiner bisherigen Arbeit in entscheidendem Maße zu einer Verbesserung der Dialogfähigkeit zwischen der Wissenschaft und der regionalen Wirtschaft beigetragen (z. B. Mobile Solution Center, Robotik). Dies soll auch in den weiteren Leitthemen geschehen.

Weiterhin koordiniert der Technologiebeauftragte die Veranstaltungsreihe „Wissenschaft und Wirtschaft“ im Haus der Wissenschaft in Bremen. Hier stellen sich anwendungsbezogene Forschungseinrichtungen mit ihren Kooperationsleistungen für die Wirtschaft vor. Außerdem engagiert sich der Technologiebeauftragte bei Fachveranstaltungen der Handelskammer und Branchenverbände und ist aktiv am Technologiemarketing des Landes Bremen beteiligt (u. a. durch Beiträge für den Innovations-Newsletter „ideexpress“ und den landesweiten Transfertag).

Die ressortübergreifende Kooperation in der Umsetzung der Innovationsstrategie wird durch die „Jour-Fixe-Runde beim Technologiebeauftragten“ gefördert. Hier treffen sich regelmäßig Vertreter der Senatoren für Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt, Gesundheit und Finanzen, Senatskanzlei sowie der BIA und der BIS zur Planung und Abstimmung von Handlungsprogrammen zu den einzelnen Leitthemen und zur gemeinsamen Fortschreibung der Innovationsstrategie.

8. Welche konkreten Transfernetzwerke in den einzelnen Leitthemen können unter der Leitung der Bremer Innovationsagentur (BIA) entwickelt werden?

Folgende konkrete Transfernetze bestehen schon bei der BIA (Stand 12/2005):

Netzwerk	Status	Besteht seit	Teilnehmer	BIA-Aktivität
Mobile Solution Group	etabliert	2001	40	Erweiterung um Mobiles Demonstrationscenter
First Tuesday	etabliert	2000	280	wie bisher - Teiln., Sponsoring
WAB	etabliert	2001	150	wie bisher - Teilnahme
bremen multimedial	etabliert	1997	110	wie bisher - Teilnahme, Vorstand
Business-Angel-Netzwerk	etabliert	2000	12	wie bisher - Teilnahme
Arbeitsgem. Handwerk	etabliert	2005	20	bei Bedarf - Teilnahme
ERA-STAR-Regions (überregional)			im Aufbau 16 Partner (12 Regionen)	Organisator von Arbeitspaket 3
Interessensgem. Raumfahrt	im Aufbau	2005	Festl. erfolgt z.Zt.	Initiator, Organisator
Kompetenzcenter Pflege	im Aufbau	2006	10	verstärkt ausbauen
e-entertainment	im Aufbau	2005	15	Veranstaltungen/Workshops, Profil ausbauen
Logistik/RFID	im Aufbau	2005	20	in Prüfung
BRUT-Netzwerk/Exi-Sicherung	im Aufbau	2003	60	pflügen und organisatorisch ausbauen
Zulieferer Luftfahrt	im Aufbau	2005	8	AVIABELT Bremen e. V. initiiert, Akquisition weiterer Mitglieder
Robotik	Idee	2006	?	in Prüfung

Neue Netzwerke unter der Leitung der BIA könnten in weiteren ausgewählten Innovationsfeldern entstehen. Allerdings müssen die Netzwerke ab einem gewissen Punkt auch in ihre Selbstständigkeit entlassen werden (siehe z. B. WAB e. V. oder die Handwerkerinitiative).

9. Inwiefern kann eine Leitfigur innerhalb des Senates für Innovationspolitik als profilierte und akzeptierte Ansprechpartnerin für Wirtschaft und Wissenschaft fungieren?

Innovationspolitik hat viele Facetten und erfährt eine praktische Umsetzung durch verschiedenste Aktivitäten. Erfolgreiche Innovationspolitik setzt neben eher übergreifenden Innovationsstrukturen wie Netzwerken u. ä. eine enge inhaltliche Anbindung an den jeweils bearbeiteten Themenbereich voraus. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt deshalb in den jeweils fachlich angesprochenen Ressorts. Zu nennen sind hier insbesondere Wirtschaft und Häfen, Bildung und Wissenschaft, Bau, Umwelt und Verkehr und Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Die Ressorts wiederum koordinieren ihre Ansätze und Vorhaben untereinander und werden dabei vom Technologiebeauftragten unterstützt. Grundsätzlich sind daher die vorhandenen Strukturen gut geeignet, die verschiedenen Ausprägungen der Innovationspolitik abzudecken und Akzeptanz in Wirtschaft und Wissenschaft zu erlangen.

Die Federführung für die Innovationspolitik ist weiter beim Senator für Wirtschaft und Häfen verankert. Hier werden die wirtschaftsstrukturellen Programme des Landes (WAP, EU-Strukturförderung, GRW-Förderung) koordiniert. Die fachliche Zuständigkeit für die Wirtschaftsstrukturpolitik, Mittelstands- und Industriepolitik macht dies ebenfalls notwendig. Die Identifizierung des Senats mit der Innovationspolitik des Landes und die Mitverantwortung des Bürgermeisters ist eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzbarkeit einer innovativen, von Forschung und Entwicklung getragenen Wirtschaftspolitik.

Die bisherigen Aktivitäten zur Positionierung des Landes Bremen als Modellregion für „Luft- und Raumfahrt“ einerseits und für „Maritime Logistik“ andererseits zeigen, dass der Aufbau von bremenspezifischen thematischen Clustern in ausgewählten Feldern durch Koordinatoren unterstützt werden kann, die die Funktion von Leitfiguren in diesem thematischen Feld übernehmen und die relevanten wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure zu einer gemeinsam verfolgten clusterspezifischen Innovationsstrategie mit einem entsprechenden längerfristigen Handlungsprogramm zusammenführen. Auf diese Weise hat Bremen z. B. im Bereich Raumfahrt binnen kurzer Zeit sein Profil geschärft und sich strategisch als relevanter Standort in Deutschland für Europa positionieren und Wirtschaft und Wissenschaft in gemeinsame Projekte einbinden können.

Voraussetzung für den Erfolg war eine enge Einbindung der Leitfiguren in die bestehenden Verwaltungs- und operativen Strukturen. Sie benötigen einen administrativen Unterbau, um handlungsfähig zu sein. Dieser muss entweder in den Ressorts oder in den Gesellschaften angesiedelt sein. Vorrangig sieht sich deshalb der Senator für Wirtschaft und Häfen in einer hohen Verantwortung, den Strukturwandel durch eine gezielte Innovationspolitik voranzutreiben.

Positive Erfahrungen wurden auch mit dem konsequenten Einsatz aller verfügbaren Instrumente, durch ein hohes Maß an interner Abstimmung und der zentralen Betreuung eines für das Thema zuständigen und im Thema engagierten Ressorts im Bereich Windenergie gemacht. Insofern ist es nicht zwangsläufig erforderlich, für jedes Leitthema einen Koordinator oder eine Leitfigur einzusetzen.

10. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Kooperation zwischen den Hochschulen und den im Lande Bremen ansässigen Unternehmen, z. B. durch die Betreuung bei Abschlussarbeiten (Stichwort „Diplomarbeiten-Broker“), zu intensivieren?

Der Senat ist der Auffassung, dass die Voraussetzungen für die Kooperation zwischen Hochschulen und den im Land ansässigen Unternehmen – auch im Hinblick auf die Betreuung von Abschlussarbeiten – bereits vorhanden sind. Die Universität bietet seit mehreren Jahren mit Uni-Transfer die dafür erforderliche Infrastruktur. Sie ist auch bereit und in der Lage, zu anderen wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Bremen zu vermitteln. Die Hochschule Bremen ist jederzeit

über das Referat Forschungsförderung, Planungsaufgaben, Öffentlichkeitsarbeit, Rektorsangelegenheiten ansprechbar. Das gleiche gilt für das Technologietransferzentrum an der Hochschule Bremerhaven.

Es gibt keinen Grund, sich nicht vertrauensvoll an diese Einrichtungen zu wenden, sofern nicht der direkte Weg zu den jeweiligen Hochschullehrern bzw. Hochschullehrerinnen gesucht wird. Alle Zugänge zur wissenschaftlichen Kompetenz an den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sind auch im Internet präsent.

Bremische Unternehmen sollten die in Bremerhaven vorhandenen wissenschaftlichen Kompetenzen verstärkt nutzen, ebenso wie Bremerhavener Unternehmen das in Bremen vorhandene wissenschaftliche Know-how.

Die Kooperation zwischen den Hochschulen und den in Bremen ansässigen Unternehmen in Bezug auf Abschlussarbeiten ist nach den Ergebnissen einer Prognos-Studie aus dem Jahr 2001 bereits sehr intensiv. Die Notwendigkeit, dies durch spezielle „Diplomarbeiten-Broker“ zu verstärken, hält der Senat nicht für erforderlich und auch nicht für umfassend umsetzbar.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird stattdessen weiterhin über die mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu schließenden Kontrakte darauf hinwirken, dass Studierende noch stärker als bisher ermuntert und angeleitet werden, die Themenwahl von Abschlussarbeiten transferbezogen bzw. aus Kooperationsvorhaben oder -anliegen ansässiger Unternehmen vorzunehmen. Dieses Ziel wird u. a. auch durch den etablierten Transfertag der Hochschulen unterstützt.

11. Wie bewertet der Senat den Vorschlag, einen Preis für erfolgreiche Transferprojekte auszuschreiben, der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Transfergedanken stärkt?

Wissens- und Technologietransfer ist ein Aspekt, der in verschiedenen neuen und etablierten Preisen wie dem Nordwest Award, dem Gründerpreis, dem Schütting Preis, dem Berninghausen Preis und dem Bremer Umweltpreis bereits Berücksichtigung findet. Vor diesem Hintergrund sollte kein weiterer Preis im Land Bremen ins Leben gerufen werden. Hierdurch wird eher ein Aufmerksamkeitsverlust für alle bestehenden Preise befürchtet. Alternativ könnte geprüft werden, in welcher Form der Transfergedanke bei der Vergabe bereits existierender Preise noch prominenter deutlich gemacht werden kann.

Der Senat begrüßt ausdrücklich den auf private Initiative hin entstandenen Bernd-Artin-Wessels-Preis für exzellente Forschungskooperation zwischen Wissenschaft und mittelständischer Wirtschaft, der Ende 2005 das erste Mal verliehen wurde.

Darüber hinaus hat es sich im Wissenschaftsbereich bewährt, über Transferprojekte eingeworbene Drittmittel von Privaten (Unternehmen) mit einer besonderen Kofinanzierungsquote zu „belohnen“. Auf diese Weise werden wissenschaftsseitig vorhandene Transferaktivitäten verstärkt, da der erzielte finanzielle Erfolg direkt wieder dem ureigenen Zweck zugeführt wird.

12. Inwiefern können die Kompetenzen eines Wissenschaftsmanagers an den Hochschulen im Lande Bremen durch spezielle Weiterbildungsangebote gestärkt werden?

Die Universität Bremen bietet als Modellversuch ab 2006 ein Personalentwicklungsprogramm „Transfer und Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen“ an mit dem Ziel, dieses Programm im Erfolgsfall zur Förderung innovativer Kompetenzen, von unternehmerischem Denken und Entrepreneurship für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen längerfristig zu etablieren. Mögliche Realisierungen hängen jedoch von der Entwicklung der Haushaltssituation ab.

13. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, ein transparentes sowie qualitatives und quantitatives Evaluationsinstrumentarium und Kriteriensystem zu entwickeln, das eine permanente Erfolgskontrolle der Projektförderungen zulässt und insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt: Arbeitsplatzeffekte, input sowie output?

Die Abwicklung der Förderprogramme ist durch Beleihungsvertrag auf die Gesellschaften BIG (von dort wiederum auf die BIA) und BIS übertragen. Deren

Arbeit ist bereits heute durch ein effektives und transparentes Kontrollsystem einem ständigen Evaluationsprozess unterworfen. So sind die Gesellschaften verpflichtet, teilweise monatliche Statusberichte vorzulegen. Darin sind z. B. beim Senator für Bau, Umwelt und Verkehr neben dem aktuellen Stand der Abwicklung unter anderem Informationen wie Gesamtprojektsumme, Fördersumme, gesicherte bzw. geschaffene Arbeitsplätze und Umweltauswirkungen (CO<sub>2</sub>-Einsparung, Abfall/Abwasser-Reduzierung, Emissionsminderungen) anzugeben. Zum Jahresende wird darüber hinaus noch ein umfassender Abschlussbericht erstellt.

Die mit EU-Mitteln finanzierten Projekte werden im Rahmen der EU-Programmevaluation sowohl auf Programmebene als auch im Hinblick auf die Einzelprojekte regelmäßig evaluiert. Darüber hinaus werden im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung und Fortschreibung von Förderprogrammen Programmevaluationen durchgeführt.

Aufgrund der Vielfalt von Instrumententypen, die bei der Umsetzung von InnoVision 2010 zum Einsatz kommen, sollte über ein umfassendes Dokumentationssystem nachgedacht werden, wobei sichergestellt werden muss, dass die teilweise auch gewünschte Vielfalt nicht zu Intransparenz nach außen führt.

Für eine solche Integration der unterschiedlichen Controllingsysteme der Ressorts in eine ressortübergreifende Datenbank sind zunächst konzeptionelle Arbeiten erforderlich.

Das Wissenschaftsressort hat zur ex-ante-Evaluation von Projekten zur Forschungsförderung im Wissenschaftsbereich bereits Methoden angewandt, die analog zu Projekten im Bereich Gewerbe und Tourismus entwickelt worden waren. Mit Prognos und den am AIP beteiligten Ressorts wird zurzeit ein weitergehendes und spezifischeres Evaluationsinstrument mit entsprechendem Kritisierensystem auch zur ex-post-Evaluation entwickelt. Darüber hinaus wird geprüft, welche Anpassungs- bzw. Übertragungsmöglichkeiten es auf Forschungseinrichtungen gibt.

14. Inwiefern können die Themen Technologie und Innovation auch in einem abgestimmten Marketingkonzept einbezogen werden?

Im Rahmen der unter Federführung der BMG entwickelten Dachmarken-Strategie wurde der Claim „Bremen – innovativ“ entwickelt. Die „Stadt der Wissenschaft“ wurde intensiv durch eine konzertierte Aktion unter Federführung der BMG vermarktet bzw. ist selber bereits Erfolg einer koordinierten Marketingstrategie unter Beteiligung insbesondere der Universität und der Hochschulen sowie der Handelskammer. Für ihre jeweils besonderen Aufgaben und Zielbereiche verfügen Universität und Hochschulen über eigene Budgets für Öffentlichkeitsarbeit.

Die BIG wurde darüber hinaus beauftragt, ein Technologieparkmarketing unter Einbeziehung der Interessengemeinschaft Technologiepark zu entwickeln. Weitere Innovationsaktivitäten, z. B. das Programm „Bremen in t.i.m.e.“ werden ebenfalls zielgruppenspezifisch vermarktet. Ein weiteres Marketingbeispiel ist die Dachmarke „umwelt unternehmen“.

Die Themen Technologie und Innovation sollen künftig noch deutlicher als integrative Bestandteile eines landesbezogenen Marketingkonzeptes Berücksichtigung finden.

15. Inwieweit plant der Senat, die Thematik Innovationspolitik auch im Rahmen der Kooperation innerhalb der Metropolregion zu besprechen und auf ein abgestimmtes Handeln hinzuwirken?

Der Senat geht davon aus, dass das Ziel des Landes Bremen, bis zum Jahr 2010 unter die TOP 10 der Technologiestandorte Deutschlands zu gehören, ein innovatives Umfeld benötigt und nicht allein innerhalb der Landesgrenzen erreicht werden kann. Insofern muss die Entwicklung der Metropolregion Bremen-Oldenburg Bestandteil einer umfassenden regionalen Innovationspolitik sein.

Die Träger der Innovationspolitik sind eher auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene angesiedelt. Die Bündelung vorhandener Kompetenzen in Unternehmen und Wissenschaft auf regionaler Ebene kann jedoch die Entwicklungschancen der

Region stärken. Entsprechend sollte die Zusammenarbeit themen- und projektbezogen geprüft werden. Ein Beispiel hierfür ist das Netzwerk Windagentur Bremerhaven/Bremen, in dem auch Unternehmen aus der Region vertreten sind. Initiiert wurden in diesem Zusammenhang z. B. gemeinsame Ausbildungsaktivitäten für die Windbranche mit dem Umland.

Aus Sicht des Senats der Freien Hansestadt Bremen ist das Thema „Innovationspolitik“ grundsätzlich gut für eine Kooperation mit Partnern aus der Region geeignet. Bereits im aktuellen Entwurf zum Handlungsrahmen 2005 bis 2007 der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen-Niedersachsen (RAG) gibt es unter dem Handlungsfeld „Wissens- und Innovationsregion Nordwest“ mit den vorgeschlagenen Leitprojekten „Regionales Innovations-Netzwerk“ und Virtuelle Region Nordwest „ViR Nordwest“ eine Zusammenarbeit in diesem Bereich, die im Rahmen der künftigen Metropolregion „Bremen–Oldenburg im Nordwesten“ ausgebaut werden kann.

Der Senat plant darüber hinaus die gemeinsame Identifikation von Innovationsfeldern mit Niedersachsen mit entsprechend abgestimmtem Vorgehen zur Entwicklung dieser Bereiche. In diesem Sinn wurden bereits erste Aktivitäten für den Bereich Luft- und Raumfahrt, Windenergie und Logistik entwickelt.